

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnnummer 20 Pfg. — Postcheckkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8290.

Nr. 75

Montag, den 29. März 1920

11. Jahrgang

Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen.

Ausbrennen der Reaktion.

Das Strafgericht über die gegenrevolutionären Hochverräter hat eingeleitet. General v. Lüttich und Admiral v. Trotha sind in Haft genommen. Ludendorff, Kapp, Jagow usw. werden flehentlich verfolgt. Eine Reihe von hohen Regierungsbeamten und Militärs, die auf die Seite der Meuterer traten, sind ihres Postens enthoben, das Disziplinarverfahren ist gegen sie eingeleitet. Die Reichsregierung bereitet einen Gesetzentwurf zur schleunigen Erledigung vor, wodurch die Kriegsgerichte bei der Aburteilung der Schuldigen ausgeschaltet werden.

Das sind erfreuliche Anfänge, aber es dürfen auch nur die Anfänge des Strafgerichts sein. Es genügt nicht, wenn der Gegenrevolution ein paar Köpfe abgeschlagen werden. Beschleht weiter nichts, so wachsen ihr gleich der lärmäusigen Hydra für jeden abgeschlagenen Kopf zwei neue. Herkules wurde des Untiers erst Herr, als sein Waffengefährte die Wunden der abgeschlagenen Köpfe mit glühendem Eisen ausbrannte.

So muß auch in Deutschland der Untergrund der Gegenrevolution bis auf den letzten Rest ausgebrannt werden. Die Organisationen, die ihr zu dem Putz verhalfen, sind absolut unschädlich zu machen, sonst ist der Spettakel binnen kurzem von neuem da. Herr v. Lüttich bedeutet schließlich nicht mehr wie irgend ein anderer General; es gäbe deren genug, die an seine Stelle treten könnten, wenn nicht der Apparat, auf den er sich stützte, in Stücke geschlagen wird.

Bei diesem Werke ist immer noch mit dem äußersten Widerstand der Reaktion zu rechnen. Es zeigt sich jetzt, daß sie bei aller politischen Dummheit doch mit der ihr eigenen engstirnigen Pflichtigkeit zu Werke gegangen ist. Von vornherein hat sie den Bolschewismus als bedeutenden Faktor in ihre Rechnung eingeseht, nämlich als eine Art Lebensversicherung für sich selber. Die Putzisten haben spekuliert: Geht unser Unternehmen fehl, dann ist mit einer Reanfachung der radikalen Umsturzsbewegung sicher zu rechnen. Alsdann fahren wir das bolschewistische Schreckgespenst auf, machen die Gefahr so groß wie möglich, versehen das Bürgertum in Angst, und die Regierung wird in ihrer Hilflosigkeit nichts anderes tun können, als uns zum Schutze gegen links zurückzurufen. Am Schluß stehen wir in jedem Falle als die Retter Deutschlands da.

Klug ausgenommen, aber nicht klug genug. Die Herren Reaktionäre haben vergessen, daß die Demokratie noch nicht auf ihre Landstochtersmoral herabgesunken ist. Stände die Wahl wirklich so, daß wir uns nur zwischen dem weißen und dem roten Terror zu entscheiden hätten, so müßte dennoch jeder Sozialdemokrat von Ehre es ablehnen, sich von den Helfershelfern der Kapp und Lüttich gegen einen auch noch so mißverstandenen Sozialismus verteidigen zu lassen.

Aber zum Glück liegen die Dinge gar nicht so, daß nur diese eine Wahl bliebe. In den Kämpfen gegen die Putzregierung hat sich die Demokratie als starker Machtfaktor erwiesen, als viel stärkerer Machtfaktor, als viele geglaubt haben; und es liegt nur an ihr, diese ihr neu erwachten Kräfte sich selber dienstbar zu machen. Die Demokratie ist stark genug, um sich aus eigener Kraft gegen den Putz von links zu verteidigen, selbst wenn er ernsthaft droht.

Aber auch diese Gefahr darf nicht überschätzt werden. Gerade die Ereignisse der letzten Tage haben unzählige Menschen in Deutschland darüber belehrt, daß die Demokratie, bei der der Mehrheitswille des Volkes als höchste Instanz entscheidet, die einzige Herrschaftsform für Deutschland ist, die die Gewähr der Dauerhaftigkeit und des Aufstieges in sich schießt. Millionen Arbeiter, denen von Hehern eingeredet wurde, daß die Demokratie für die Arbeiterklasse finstere Reaktion sei, haben jetzt ihren Wert wieder erkannt, nachdem sie gesehen haben, was wirkliche Reaktion bedeutet.

Die Spießgesellen der Kapp und Lüttich sehen freilich überall den Bolschewismus, wo in Wahrheit demokratische Arbeiter und Bürger gegen die Diktatur des Säbels zu den Waffen gegriffen haben. Für uns aber gilt das Wort: Bange machen gilt nicht!

Das seine Plänen der Reaktionäre, sich in Bolschewismus eine Lebensversicherung zu schaffen, auch zu handhaben werden auch an der Einsicht der Arbeiterklasse. Je entschiedener sich diese auf den Standpunkt der Demokratie stellt, desto mehr wird der Reaktion das Wasser abgegraben. Diese Bewegung hat schon eingeleitet. Die Führer der Berliner Arbeiterschaft haben Abbruch des Generallutts auf Bedingungen hin beschlossen, die sich völlig im Rahmen der Demokratie halten, die freilich aber auch jene energische und tatkräftige Demokratie in die Wege leiten, die auch unser Ziel ist. Dies ist ein Hauptpunkt. Die energische Demokratie

kann das Vertrauen der Arbeiter zurückgewinnen und wird es tun. Und deswegen gilt es zunächst, das reaktionäre Uebel mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Polen verhandelt mit Rußland.

Nach einer amtlichen Mitteilung aus Warschau benachrichtigte die polnische Regierung in einer Note Tschischewin, sie sei zu den vorgeschlagenen Friedensverhandlungen mit russischen Bevollmächtigten zum 10. April bereit. Für die Verhandlungen schlägt sie den an der Frontlinie gelegenen Ort Borysow vor. Sie erwartet die Angabe des Zeitpunktes des Eintreffens und der Anzahl der russischen Bevollmächtigten. 24 Stunden vor der Ankunft wird am Abchnitt des Brückenkopfes Borysow Waffenstillstand angeordnet werden.

Daß Polen alle Veranlassung hat, mit Rußland Frieden zu schließen, zeigen die letzten Nachrichten aus Polen.

Die Funksprüche, die von der russischen und auch von der polnischen Seite ausgetauscht werden, widersprechen einander. Im Augenblick ist, da es keine regelmäßige Verbindung mit Polen gibt, unmöglich, festzustellen, auf welcher Seite die Wahrheit ruht. Wir beschränken uns daher darauf, Mitteilungen, die uns zugehen, zu verzeichnen, ohne eine Gewähr für ihre Richtigkeit zu übernehmen.

Reisende, die in den letzten Tagen von der polnischen Grenze nach Berlin zurückkehrten, berichteten, die polnische Regierung sei von Warschau geflohen und halte sich in Bromberg auf. Die russische rote Armee sei in Polen eingedrückt.

Demgegenüber meldet ein Warschauer Funkspruch vom 24. März, der an der österreichischen Grenze aufgefangen wurde: „Der heutige Bericht des polnischen Generallstabes teilt mit, daß die vier Tage andauernde große bolschewistische Offensive an der gesamten Ostfront vor der Stadt Moskau in Podolien gänzlich zusammengebrochen ist. Alle bolschewistischen Angriffe, die oft durch großes Trommelfeuer unterstützt wurden, sind von den Polen abgeschlagen worden. Die Niederlage der roten Armee ist so schwer, daß an eine Wiederaufnahme der Offensive von seiten der Bolschewisten nicht zu denken ist.“

Ein russischer Funkspruch aus Moskau teilt dagegen mit, daß an der Westfront Putalom—Kiesajca polnische Angriffsvorwürfe zurückgeschlagen worden seien.

Das Ministerium Müller endgültig beisammen.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Nachdem das Kabinett Bauer zurückgetreten war, hat der Reichspräsident den Minister des Auswärtigen mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Diese Kabinettsbildung hat zu folgendem Ergebnis geführt: Reichskanzler Müller, der einstweilen Minister des Auswärtigen verbleibt und mit seiner Vertretung im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes im Behinderungsfalle den Unterstaatssekretär Gefandten von Haniel beauftragt hat, Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister des Innern Koch, Reichsminister der Finanzen Wirth, Reichswehrminister Gehler, Reichsminister für Justiz Bunn, Reichswirtschaftsminister Schmidt, Reichsarbeitsminister Schlicke, Reichspostminister Sieberts, Reichskolonialminister Bauer, Reichswehrminister Müller, Reichsernährungsminister Hermes, Reichsminister ohne Portefeuille David. Das Reichsministerium für Wiederaufbau wird in den nächsten Tagen besetzt werden. Das neue Kabinett wird sich am Montag der Nationalversammlung vorstellen. Der Reichskanzler wird programmatische Ausführungen machen und sich über die Ereignisse der letzten 14 Tage aussprechen.

Das neue Ministerium besteht aus 5 Sozialdemokraten, 4 Zentrumsteuten und 3 Demokraten, zu denen noch der zu ernennende Minister für den Wiederaufbau tritt. Neue Männer in der Regierung sind Wirth und Hermes, die dem Zentrum angehören, und der Demokrat Dr. Bunn.

Die Berliner Morgenblätter äußern sich auch heute noch zur Regierungsbildung. Die „Deutsche Wille“ bezeichnet es auch als außenpolitisch wichtig, daß Hermann Müller Reichskanzler geworden ist, denn ihm danke man die Überzeugung im Ausland, daß an deutschem Wollen kein Zweifel besteht und daß die deutsche Regierung ein Paar Fäden eingeseht. Es sei müder gefürbt als die Regierung Bauer, während das Kabinett Braun in Preußen einen Ruck nach links bedeute.

Für die Nationalversammlung wird angekündigt, daß nach der Erklärung des neuen Reichskanzlers ein Friedens-

sitzungen stattfinden würden und dann in der Vollziehung die allgemeine Aussprache, in der Weis (Soz.), Haß (Dem.), Bell (Zentr.) und Dühringer (Dnalk.) sprechen würden.

Ein Ministerium Braun in Preußen.

Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien haben das Ergebnis gebracht, daß das preußische Staatsministerium wie folgt zusammengesetzt werden soll: Ministerpräsident und Landwirtschaft Braun, Inneres Severing, Unterricht H a n i s c h, Finanzen Lü b e m a n n, Öffentliche Arbeiten Defer, Handel Fischbein, Volkswohlfahrt Stegerwald, Justiz Dr. a m Z e h n h o f f.

Unabhängige Terroristen-Politik.

Am ersten Sonntag nach Abbruch des Generallutts fanden in Berlin zahlreiche Versammlungen statt, in denen man sich meist mit der Affäre Kapp und deren Folgeerscheinungen beschäftigte. In sieben Lokalen sprachen bekannte demokratische Abgeordnete über das Thema „Die Militärdiktatur und ihr Sturz durch das deutsche Volk“. — Die Unabhängigen hielten 29 öffentliche Versammlungen ab, in denen Crispian, Däumig, Eichhorn, Ledebour und andere sprachen. Alle lehnten jede Zusammenarbeit mit der neuen Koalitionsregierung ab. Die U. S. P. D. könne nur dann Vertreter in das Kabinett entsenden, wenn ihrer Partei in einer reinen Arbeiterregierung das I e b e r g e w i c h t zugesichert werde. Sie forderten ferner sofortige Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet unter Aufsicht von Vertretern der Regierung und der U. S. P. Andernfalls werde die rote Armee weiterkämpfen, und wenn sie unterläge, die B e r g w e r k e zerstören.

Verblendeter Haß und verächtliche Brüstung des Völkswillens können kaum noch weiter gehen, als bis zu dieser Billigung spartakistischer Terrors. Zerstörung der Bergwerke heißt in erster Linie Schädigung der Armeisten des Volkes. Sie bedeutet die Vernichtung der Wehrlosten, die die Kohle nicht entbehren können, und die nächste wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands. Die nächste Folge wäre die weitere Besetzung deutschen Gebietes durch die Entente, die die Unterlassung der Kohlenlieferungen als Bruch des Friedensvertrages rücksichtslos bestrafen würde.

Die Zentralfelle für die Einigung der Sozialdemokratie veranstaltete im Zirkus Busch eine große Propagandaversammlung, die recht stürmisch verlief. Der Zirkus war bereits eine halbe Stunde vor Beginn überfüllt, Parallelveranstaltungen wurden auf dem Zirkusplatz, wo etwa 7000 Personen zusammengeströmt waren, und in Haberland Bernstein, Ströbel und Kautsky genannt seien, wurden vielfach durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen. Die unabhängigen spartakistischen Ruhestörer wollten von einer Einigung der Sozialdemokratie nichts wissen. Der Värm artete zum Lummel aus, als sich das Gerücht verbreitete, daß die Sicherheitspolizei mit vier Maschinengewehren angedrückt sei. Die Versammlung löste sich schließlich ergebnislos auf.

Ultimatum der Reichsregierung an die rote Ruhrarmee.

Die Reichsregierung hat an die Aufständischen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier folgende Forderung gestellt: Die Regierung hat durch die Bielefelder Verhandlungen versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die rote Armee hat sich selbst gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit größter Heftigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen wurden nicht freigegeben. Die Abgabe der Waffen nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Mißschreie aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den roten Truppen begangen werden. Das zwingt die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen. Um über alle Verfahren noch mehr Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Wehrkreises 6, Generalleutnant v. Watter in Münster, für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen: 1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsgeschäfte, 2. Wiederherstellung der staatlichen Verwaltung und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Kapp-Lüttich-Regierung besetzt sind, 3. sofortige Auflösung der roten Armee, 4. völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich Einwohnerwehren unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollständigen Gewalt näher bestimmt werden. Sofortige Freigabe der Gefangenen. Falls diese Bedingungen angenommen werden, mög-

Danziger Nachrichten.

Morgen, Dienstag, abends 6 Uhr, in der Aula des städtischen Gymnasiums, am Winterplatz:

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Jant: Die Programme der politischen Parteien im Preisausschuss.
2. Stellungnahme zum Parteitag und Wahl der Delegierten.
3. Verschiedenes.

Spartakistisches Heldentum.

Ein älterer Genosse schreibt uns: Mit vielen anderen Genossen, die Jahre lang in der Partei stehen, habe ich mir oft die Frage vorgelegt, wie es nur möglich sein konnte, daß heute, die weber menschlich noch gelteig etwas bedeuteten, nach der Revolution zu „revolutionären Führern“ werden konnten. Wie schwer war es früher, daß ein ehrlich strebender und kluger Kopf in der Arbeiterschaft hervortreten konnte. Hundertfach mußte er sich bemühen haben. Jeder wollte selber wissen, daß der Mann, der die Bewegung öffentlich vertrat, sich auch persönlich als kühner und mutiger Kerk bewiesen hatte. Noch mehr wurde von ihm an Wissen und Charakter gefordert. Wie ich es selber getan habe, haben viele Genossen damals in den letzten freien Stunden der Woche und am Sonntag gearbeitet, daß ihnen der Kopf rauhete, um trotz der schrecklichen Schulbildung zu wissen, was der Sozialismus wirklich ist und will. Die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter forderten damals durchweg, daß ihre Führer sich auch geistig auszeichneten. Und hier in Danzig half uns kein Arbeitermangel. Alles mußten Arbeiter aus sich selber machen, was sie wollten. Aber gern und freudig hat man aus sich gearbeitet, um der Bewegung, auf die wir als der ersten Kulturbewegung der Welt gerade in der Zeit der stärksten Verdrückung stolz waren, auch Ehre einzulösen. Die Bürgerlichen haben sich sehr geirrt, wenn sie uns damals Anbetung der Plebs vorgeworfen haben. Niemand geht in der Partei und Gewerkschaft weniger als derjenige, der bloß einen lauten Mund hat und starkes Wort gebrauchte. Die meisten dieser, die sich heute unabhängige und spartakistische „Arbeiterführer“ nennen, wären damals aus vielen Gründen in der Arbeiterbewegung ganz und gar unzulässig gewesen. Wie ist es nun gekommen, daß solche Leute zeitweilig auch hier große Teile der Arbeiter bevorrateten konnten und fast keinen Widerstand fanden? Es muß offen ausgesprochen werden, daß es zum allergrößten Teile sogar die Schuld unserer Parteigenossen ist! Sie haben zu oft viel zu wenig Selbstvertrauen und Vertrauen zu ihrer Sache gezeigt! Vor jedem Schreier zogen sie sich in den Vertrieben bloß deshalb zurück, weil er den Mund recht voll nahm. Wer recht laut, annehmend und breit auftrat und über solche Schimpfe, hatte gewonnenes Spiel. Zu selten fühlten unsere Genossen solchen Leuten auf den Zahn und schickten sie noch Gehör nach Hause. Manches wäre in Danzig anders gekommen, wenn unsere Parteigenossen sich vor solchen Schreibern nicht unnötig gebückt hätten. Ihr müßt aber nicht schweigen, sondern müßt den Mut eurer Überzeugung haben, Genossen. Das gilt vor allen Dingen für die wenigen Wochen, die uns vor der Wahl zum Danziger Volkstage trennen! Wer sind denn die Leute, die durch Schreien und Beschimpfungen sich als die besten Arbeitervertreter hinstellen. Ich habe mir die „riesige Demonstration“ der Spartakisten am 7. November auf dem Heumarkt selber angesehen: Wenn damals die Polizei nicht so zurückhaltend gewesen wäre, was wäre dann wohl gefolgt auf das Auftreten des Spartakisten Diekau. Wie tat er damals vor meinen eigenen Augen, als ob er entschlossen sei, es mit der ganzen Welt anzunehmen. Deshalb ging ich auch am Freitag selber zur Gerichtsverhandlung, über die die „Volksstimme“ am Sonnabend berichtet hat. Ich glaubte, der Diekau sei wirklich einmal ein ganzer Kerl unter den „Revolutionären“ und werde vor Gericht ebenso mutig und handhaft für seine Überzeugung und für seine Handlungsweise eintreten, wie unsere Genossen es früher ständig ohne Winterzuden getan haben. Statt dessen klappete der Mann wie ein Taschenmesser zusammen. Er wollte sich selbst aus jenen aufregenden Vorgängen auf dem Heumarkt an nichts mehr erinnern können und verließ sich darauf, daß er sehr aufgeregt war und nervenlos sei. Sein Verteidiger bestellte ihm sogar, daß er an Gedächtnislosigkeit leide und leicht zu beeinflussen sei. In einer vaterländischen Versammlung würde er ebenso begeistert hoch und hurra gerufen haben! Darin hatte der Herr Rechtsanwalt wirklich recht. So sind nicht wenige dieser Leute, die die „revolutionäre“ Bourgeoisie gepöbeln und jeden Sozialdemokraten als charakterlosen Feigling beschimpfen. Mit gegen viele Gedanken durch den Kopf, als ich am nachmittag

deselben Tages auf dem Heumarkt vor Unabhängigen und Spartakisten ähnliche Ausführungen hörte, wie sie Diekau am 7. November gemacht hatte. Arbeiter und Genossen, laßt euch diese Gerichtsverhandlung, wie auch die gegen den spartakistischen Schiebermücherei Deutschland, zur Lehre dienen. Laßt euch nicht länger vor jedem unabhängigen und spartakistischen Arbeiter, daß die Vertrauen zu der guten und gerechten Sache der Sozialdemokratie, daß sie verdient, Redet und schweigt nicht! Dadurch geht ihr Hunderten wieder Lebensmut und Selbstvertrauen, die sich jetzt in Betrieben und Werkstätten schon vor den Gerichtshäusern blicken und der Bewegung schließlich für immer verloren gehen. Wenn ihr so für die Sache der Sozialdemokratie werft, dann wird es auch niemals wieder solche Überzeugungen geben, wie wir sie hier unter schweren Opfern namentlich schon genug gehabt haben.

Verhandlungen im Bauarbeiterkampf?

Von der Streikleitung des Deutschen Bauarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Auf Grund der Aussprache über den Streik im Baugewerbe in der letzten Stadtverordneten-Sitzung hatte Magistratssekretär Herrent die Parteien zu Sonnabend zu einer unverbündlichen Aussprache geladen. Beide Parteien hatten Vertreter entsandt. Die Aussprache wurde auf den nächsten Sonnabend vertagt. Zu dieser sollen die Parteien ihre Anträge formulieren.

Wir möchten im Anschluß an diese Mitteilung gleich davon abreden, an die Beratungen irgendwelche Erwartungen zu knüpfen. Zunächst ist es noch sehr ungewiß, ob es überhaupt nach der Aussprache zu Verhandlungen kommt, denn selbst wenn der Arbeiterverband für das Baugewerbe dazu bereit ist, so ist es noch zweifelhaft, ob seine Auftraggeber, der „Arbeitserschwerungsverband“ und die großindustriellen Echarfmacher zustimmen. Neben diese die Erlaubnis, so darf der Arbeitgeberverband verhandeln, geben diese sie nicht, so wird aus den Verhandlungen eben nichts. Die Bauunternehmer müssen eben, nachdem sie sich den Echarfmachern verkauft haben, auf deren Weisung hören. Aber selbst wenn es zu Verhandlungen kommen sollte, so wären dadurch noch keinerlei Friedenserwartungen gerechtfertigt. Galten die Unternehmern für solche Verhandlungen die Beschlüsse des Arbeiterschwerungsverbandes aufrecht, so wäre es wirklich um die Zeit schade, die man für die Teilnahme an den Verhandlungen aufwendet. Denn wer etwa glaubt, die Arbeiterorganisationen wären durch den Streik mehr gewinn geworden, um ihre Gleichberechtigung preiszugeben, der irrt sich gründlich. Die Beschlüsse des Arbeiterschwerungsverbandes sind, so wie er sie meint, heute und in aller Zukunft so unannehmbar wie vor dem Streik. Die Arbeiterorganisationen verharren ihnen gegenüber in unerschütterlicher Abrechnung.

Im Anschluß an diese Erklärung möchte und der freundliche Kräftigungswind ein Dokument des Arbeitgeber-Schwerverbandes auf den Redaktionstisch, das überaus kennzeichnend für die Kamelweise der führenden Echarfmacher ist. Wegen des heute leider zu beschränkten Raumes, können wir erst morgen darauf zurückkommen.

Höchstpreise für Wohnungen.

Der Ausschuss zur Festlegung des Höchstpreises der Mietsteigerung für die Stadt Danzig war zu einer Sitzung zusammengetreten. In dieser beantragten die Mietervertreter den Höchstpreis der Steigerung auf 20 Prozent für Wohnungen und 40 Prozent für Geschäftsräume festzusetzen. Die Hausbesitzervertreter beantragten diese Höchstpreise auf 30 bis 50 Prozent, je nach der Größe der Wohnung, festzusetzen und für größere Wohnungen und Geschäftsräume gar keine Höchstgrenze zu bestimmen, sondern hier volle Freiheit in der Mietfestlegung zu lassen. Der Magistrat machte einen Vermittlungsvorschlag, der jedoch von beiden Seiten abgelehnt wurde. Zu einer Einigung kam es nicht.

Soweit der Bericht, der allerdings gar nicht deutlicher aussprechen konnte, daß der Magistrat sich gar zu leicht von der „Sachkunde“ der Hausbesitzer — überzeugen ließ. Wie ist es überhaupt möglich, daß der Magistrat noch über die von den Mietern vorgeschlagenen Höhe hinaus gehen konnte! Schließlich muß doch alles seine Grenze haben. Und dann bleibt noch zu berücksichtigen, daß es auch bei der Mietfestlegung noch einen Schlichterhandel mit entsprechend höheren Preisen gibt. Trotz Mietzinsungsmittel usw. zwingt die große Wohnungsnot und die oft noch geradezu schauerhafte Unkenntnis über ihre Rechte viele Mieter dazu, den Hausbesitzern unter der Hand jede geforderte Erhöhung der Miete zu bewilligen. Solche Anerkennungen sind nach heutigem Recht ohne Zustimmung des Mietnennungsamtes ungültig und verpflichten zu nichts. Leider aber wird auf Grund solcher „Uebereinkommen“ ein nicht geringer Teil der Danziger

Mieten bezahlt. Wird der amtlich festgesetzte Höchstpreis so gar nicht beachtet, so ist der Magistrat über die Hausbesitzer zu stellen, dann steigt automatisch die Höhe der Mietminderungen nach Härten. Auch aus diesem Grunde müßten wir jede Uebereinkommen von den Mietervertretern vorgeschlagenen Mietsteigerungen ablehnen.

Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 30. März.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung enthält u. a. folgende Punkte: Abänderung des § 4 der Verordnung betr. Gewerbesteuerförmigkeit. — Wahl von Mitgliedern zum gerichtlichen Ausschuss betreffend Gewerbesteuerförmigkeit. — Anträge von Stadtverordneten, betreffend Uebereinkommen der einmaligen Leuzungszulagen an Beamte, Angestellte und Arbeiter. — Erhöhung des Straßenbahnstarifes. — Erbauung eines achtklassigen Schulgebäudes in Preßen. — Erbauung von 3 Kurhäusern auf dem Schulgrundstücken Preßen, Wilschland und Heubude. — Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise. — Eingabe der Fleischerinnung zu Danzig betreffend Aufhebung der Brotbackwirtschaft.

Mietseilungungsstelle in Langfuhr.

Der Magistrat gibt in der heutigen Ausgabe bekannt, daß er in der Bezirksmadchenschule Langfuhr, Lahnhoffstraße 16 a eine Mietseilungsstelle für Mietseilungsämtern eingerichtet hat. Dadurch ist den Langfuhrer Einwohnern die gewünschte Gelegenheit geschaffen worden, zur Vorbereitung ihrer Anträge Auskünfte einzufolgen, Vorbehalte entgegenzunehmen und Anträge einzureichen. Ferner wird Auskunft über den Inhalt der vom Wohnungsausschuss erlassenen Verordnungen erteilt. Die Geschäftsstunden sind außer Sonnabend täglich von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr nachmittags.

Steigende Preise für Zeitungspapier.

Die Papierpreise steigen weiter, ganz unvermittelt und sprunghaft. Raum daß sich eine Preiserhöhung eingelebt hat und daraufhin der Zeitungsbetrieb eingestellt worden ist, sind auch schon neue Papierpreise da. Die jüngste Papierpreiserhöhung kam Ende Dezember 1919. Es war nicht mehr möglich, den Zeitungspreis dem neuen Papierpreis anzupassen. Die Folge war, daß die Zeitungen die sehr fühlbaren und berufsbringenden Mehrkosten ein Vierteljahr lang allein zu tragen hatten. Eben haben wir die neuen Zeitungspreise bekannt gegeben, die die gewaltigen Papierkosten von Ende Dezember 1919 berücksichtigen, da trifft uns heute die Nachricht von einer abermals tief greifenden Papierpreiserhöhung, der damit die schwindelnde Höhe von 347 Mark für 100 Kilo ab 1. April erreicht hat, während er noch im Juli 1914, also fast vor dem Kriege, 21 Mark betrug. Rechnet man dem ersten Preise die Bahnkosten hinzu, so entsteht ein Papierpreis von wenigstens 380 Mark gegenüber einem Papierpreis von 21 Mark im Jahre 1914 für nur 200 Pfund Zeitungspapier. Der Papierpreis ist also um das Achtfache gestiegen. Selbstverständlich haben die übrigen Unkosten des Zeitungsbetriebes gleichfalls eine stark aufwärtsstrebende Richtung genommen. Das Papier ist jedoch im Zeitungsgewerbe ein so wichtiger Bestandteil, daß sein Preis entscheidend ist für die Lage des Ganzen.

Die auch von uns nicht zu vermeidende Erhöhung des Bezugspreises bedt also wieder nicht einmal die täglich steigende Erhöhung der Unkosten.

Von einem amerikanischen Automobil getötet.

Von einem Auto der amerikanischen Mission überfahren wurde am Sonnabend vormittag der achtjährige Schüler Ernst Nagel aus Neuschottland auf dem Wege zur Schule. Der bedauernswerte Knabe erlitt einen Schädelbruch. Er wurde von dem Automobilführer in das städtische Krankenhaus gebracht, wo jedoch nur der ungenügenden erfolgte Tod festzustellen werden konnte. Nach Aussage des Wagenführers soll der Knabe in den Wagen hineingelaufen sein.

Volkshochschule Danzig. Zum Leiter der Chorschule des Paulschors wurde Seminar-Musiklehrer Alfred Gebauer berufen, der sein Amt am 1. April antritt. Höhere Mitteilungen über Aufnahmeprüfung und Beginn der Kurse werden demnächst im Anzeigenteil dieser Zeitung veröffentlicht werden.

Der Reichsbund der Kriegsgeschädigten hält, wie wir bereits auf die heutige Anzeige, am Mittwoch, abends 6 Uhr, im Bildungsbereichshaus eine wichtige Mitgliederversammlung ab. Der Bericht über die Einigungsverhandlungen, die Kamerad Behrendt geben will, fordert das Interesse aller Mitglieder.

Neue Amtsräume des hiesigen Jugendamtes. Die Geschäftsräume dieses Amtes werden, nach heutiger Bekanntmachung von morgen nach der Wiedenlaserne, Flügel C, Eingang Fleischergasse, verlegt. Fernsprecher des Amtes ist Nr. 626.

Kunst und Wissen.

Danziger Stadttheater.

„Die schöne Galathee“. — Märchenballett.

Die gestrige Aufführung „der schönen Galathee“ kann etwa als eine Vorfeier zur Wiederkehr des 100. Geburtstages des liebenswürdigen österreichischen Operettenmeisters Franz von Suppé gelten; am 4. April 1820 wurde er in der dalmatischen Hafenstadt Spalato geboren. Er ist neben Johann Strauß und Millbör der Vertreter der klassischen Operette, und es hieß kurzzeitig und im höchsten Grade einseitig sein, wollte man den Wert dieser wirklich guten musikalischen Unterhaltungskunst verkennen. Und wie man sich immer freudig zur „Fledermaus“ und zum „Sigueurbaron“ bekennen wird, so bekennen auch Suppés Operetten „Boccaccio“, „Satinha“, „Flotte Luchan“, sowie „Die schöne Galathee“ ihre volle Berechtigung. Zudem war es ganz interessant, diesen frühen Suppé, der sich noch stark nach Frankreich orientiert und nur wenig von der Strauß-Nachfolge hat, wieder einmal aufgeführt zu sehen, obgleich nicht bekannt werden darf, daß man mit ganz anderen mimischen Mitteln arbeiten muß, um ein Werkchen wie „Die schöne Galathee“ dem zeitgenössischen Geschmack näher zu bringen. Albert Erbe als Spieldarsteller ließ manches Scherzhäufchen und Lustigkeitswörterchen ungenutzt und ließ die Dichter am Pult schelte „Blig das Verständnis für die Grazie und Chorme dieser Musik. Er dirigierte munter und hielt alles ordentlich zusammen, ließ e“ aber damit auch abgetan. Was der Vorstellung interessanter war Hilde Baumann, die in der Titelpartie wieder in jeder Beziehung vorzüglich bot und Mag. K. Fischer, der seinem Wits als Juden sehr viel Reiz z. kommen und alle Register seines trocken Humors spielen ließ.

Nach der Operette gab es ein Mäzodrama „Mitsch Das Blumen“ nach einem Andersen Märchen. Die Puffel dazu schrieb der Märchenforscher Dumbmann, der Däne Paul v. Rosen, der in den internationalen Kompositionen sein Streben nicht auf sich selbst beschränkt, sondern auch seinen Kollegen ge-

macht hat. Gleich nach dem Vorspiel erkannte auch der Musikliebhaber, daß er es in der Lorchung mit einem ganz bemerkenswerten Kunstwerk zu tun hatte, das in hoher Weisheit den romantischen Charakter des Ganzen wahrte und es nicht dabei bewenden ließ, nur Illustration für das Geschehnis zu sein. Man mag jetzt sich mit dieser Musik nicht nur in völliger Beherrschung der instrumentalen Architektur, sondern als ein reicher und tiefer Nach- und Mitgedächter. Unvergleichlich ist dies weit mehr als eine vornehme Ballettmusik und es war ein guter Griff der Direktion, uns mit der musikalischen Fantomnie, die keineswegs mehr ganz „neu“ ist — sie entkammt m. G. aus dem Jahre 1913 — hier bekannt zu machen. Ludwig Schiele aber, der am Anfang seiner Dirigentenlaufbahn steht, führte sich mit der musikalischen Leitung nicht abel ein. Wenn auch hier und da manches vorbei geriet, und das kommt wohl in erster Linie auf das Konto nicht genügender Proben, so zeigte er sich doch als Musiker von Stillsgefühl und sehr erfreulichem Temperament. Es sollte diesem Dirigenten, der hiernach offenbar den Bestätigungsnachweis für künstlerisches Können erbracht hat, einmal ein Spitzdrama in die Hand gedrückt oder doch mehr Gelegenheits zur Entfaltung am Pult geboten werden.

Die Ausführung des choreographischen Teils lag in den Händen des Ballettmeisters Wölffer, der über einen schönen Erfolg quittieren durfte. Aus der Reihe der Längereimnen fiel Wohl Timius sehr gepflegte Kunst annehmen ins Auge, obgleich sie nur eine Nebenrolle besetzte.

„Die Räuber.“

Wir wissen nicht ob der Danziger Magistrat die wiederholte Verschlebung der „Räuber“-Aufführung in dieser Spielzeit verschuldet hat. Wahrscheinlich hat der Leipziger Magistrat die „Räuber“-Aufführungen seinerzeit verboten, da ohnehin genug gestohlen werde.“ Daß die Räuber heute noch solch eine Wirkung auf das Publikum ausüben sollten, ist nicht anzunehmen, nachdem das Rim ein viel besserer Lehrmeister für angehende Spitzhaken geworden ist. Aber die eine Meinung hat auch noch heute das Danziger Publikum, und zwar ist es auch noch in diesem Jahre

gehnten haben: Es reißt insbesondere die Jugend zu lebhafter Begeisterung hin. Der literarisch Gebildete mag über manche Szenen und Personen des Stückes spöttisch lächeln, aber auch er kann sich schließlich nicht der heißen Blut eifriger revolutionärer Verbundenheit entziehen, die das Stück durchzittert. Was es auf vielen, besonders auf den kleinen Provinzbühnen häufig als ein Räuberstück gespielt und aufgenommen werden, so sind die Räuber doch dasjenige Stück Schiller's in dem er am unerbittlichsten als der anliegende Revolutionär auftritt, der dem Deutschland seiner Zeit, eine lebende Fackel der Freiheit anzulude. Nicht umsonst hatte Schiller auf das Titelblatt der zweiten Auflage des Stückes den Spruch setzen lassen: In Tyrannen!

Die vorgestrigte Aufführung konnte im ganzen wohl bestehen. Karl Brädel zeichnete die Komalle Franz in ihrer ganzen Geistesheit, die schillernde Berechnung, die rohe Gefühllichkeit und Heuchelei und die jämmerliche Feigheit fanden durch den Künstler wirksame Wiedergabe. Anton Resch als Räuberhauptmann eine gute Figur, sein Organ konnte die Rolle nicht völlig genügen. Der Schauer Spiegelberg mima Gustav Lord ausgezeichnet in Masse und Spiel, desgleichen Karl Krieger als der eble treue Schweizer. Von nardlicher Frische war der Rosinski des Herrn Neubert, den wir nach langer Abwesenheit durch Gelangenschaft wieder gern an unserer Bühne begrüßen. Egon Helm's verkörperte wirkungsvoll den alten Moor, Adele Creunach die Amalia, soweit das bei dieser unglücklichen Gestalt des Stückes überhaupt möglich ist. Die Spielzeit hätte dafür sorgen müssen, daß das eiserne Gitter des Hungerturmes nicht beim geringsten Windhauch auf und zu ging.

Humor und Satire.

Ein wohlhabendes Ehepaar besucht eine Bildergalerie. Der Sozialist, der die Bilder und sagt: „Und hier sehen die herrlichen Porträts und Rahmen.“ „Denn hieraus sehe ich, aber wo ist der Rahmen?“

